

Pressemitteilung

Nr. 277/2020

Potsdam, 25. September 2020

Was Brandenburg kann, kann Europa auch

Brandenburgs Wissenschaftsministerin Schüle fordert gemeinsam mit den Ländern die Weiterentwicklung des Europäischen Forschungsraums

Brandenburgs Wissenschaftsministerin Dr. **Manja Schüle** fordert gemeinsam mit den Wissenschaftsminister*innen der Bundesländer in Deutschland eine deutliche Weiterentwicklung des Europäischen Forschungsraums. Dazu wird am kommenden Montag ein entsprechendes Papier der Länder in Brüssel übergeben. *„Ob es um den Klimawandel geht, die Corona-Pandemie oder die Herausforderungen durch Populismus und ‘Fake News’ – all diese Krisen machen deutlich: Wir brauchen starke Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen mit freier Forschung und offener Debatte. Wir brauchen sie als Orte der Begegnungen, als internationale Brückenbauer, als starke Stimme im öffentlichen Diskurs“*, so Ministerin Schüle. *„Das Land Brandenburg hat seine Investitionen in Wissenschaft und Forschung in den vergangenen Jahren deutlich erhöht und wird sie weiter erhöhen. Aus einem einzigen Grund: Weil die Hochschulen und Forschungseinrichtungen für Innovation und Zukunft stehen, in Brandenburg ebenso wie in Europa und der Welt. Aber das reicht nicht: Vor dem Hintergrund der globalen Herausforderungen und zunehmender unilateraler Interessen brauchen wir eine starke gemeinsame europäische Wissenschafts- und Forschungspolitik. Konkret: Wir müssen die internationale Mobilität von Wissenschaftler*innen verbessern, niedrigschwellige EU-Formate zur Forschungsförderung ausbauen und forschungsschwächere Regionen gezielt unterstützen. Aber am wichtigsten ist: Die Forschungsausgaben der EU dürfen nicht – wie bislang geplant – gekürzt werden, sondern müssen signifikant erhöht werden. Was Brandenburg kann, kann Europa auch.“*

Wissenschaft und Forschung leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Bewältigung der großen globalen Herausforderungen. Gleichzeitig steht die europäische Wissenschaft in vielen wichtigen Forschungs- und Technologiefeldern unter enormem internationalen Wettbewerbsdruck. Vor diesem Hintergrund fordern die deutschen Bundesländer eine **Erneuerung und Weiterentwicklung des Europäischen Forschungsraums** (EFR). In einer gemeinsamen Veranstaltung aller 16 Bundesländer mit dem Titel ‘Universities as a key element of the European Research Area’ werden die Länder, vertreten durch die Wissenschaftsministerinnen Isabel Pfeiffer-Pönsgen (Nordrhein-Westfalen) und Bettina Martin (Mecklenburg-Vorpommern), ihren Forderungskatalog zur Weiterentwicklung des Europäischen Forschungsraums am 28. September der EU-Kommission in Brüssel übergeben. Mit ihm soll eine Diskussion über die Grundlagen, Aufgaben und Perspektiven der europäischen Forschungs- und Innovationspolitik angestoßen werden.